

# MAHNWACHE GUNDREMMINGEN

[www.mahnwache-gundremmingen.de](http://www.mahnwache-gundremmingen.de)

[info@mahnwache-gundremmingen.de](mailto:info@mahnwache-gundremmingen.de)

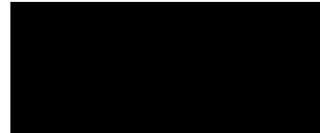
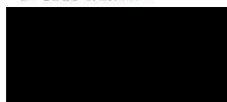
Jeden Sonntag 15h vor dem AKW

Spendenkonto: Konto 56 529 bei der Ökobank (BLZ: 500 90100)

Ansprechpartner:

Doris Kainz

Thomas Wolf



## Rundbrief November 2000

### Aktuelles aus Gundremmingen

#### Zwischenlager für Atommüll

Die Betreiber des AKW Gundremmingen haben als letzte aller deutschen AKWs einen Antrag für die Genehmigung eines Zwischenlagers vor Ort für 216 Castoren beim BfS eingereicht. Dies entspricht der doppelten Strahlenmenge wie in Gorleben genehmigt. Die Kapazität des Zwischenlagers würde ausreichen um den bis zum Jahr 2046 laufend produzierten Gundremminger Atommüll zu deponieren (Dr. Lasch, Pressesprecher des AKW Gundremmingen in der Günzburger Zeitung vom 15.03.2000). 2002 werden die Antragsunterlagen öffentlich ausliegen. In München, Günzburg und Offingen wird den Bürgern dann Einsicht in die Unterlagen gewährt.

Danach wird das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) die öffentliche Anhörung (=Erörterungstermin) abhalten.

Es besteht die Möglichkeit vor der Umweltverträglichkeits-Prüfung ein Scoping-Verfahren durchzuführen. Dies würde bedeuten, dass öffentlich anerkannte Umweltverbände bei der Festlegung der Kriterien und des Ausmaßes der Umweltverträglichkeits-Prüfung beteiligt werden.

Ob ein solches Verfahren stattfindet liegt im Ermessen der Genehmigungsbehörde. Die Mahnwache und andere Gruppen wollen deshalb beim BfS einen Antrag um ein Scoping-Verfahren einreichen.

Unter den nun herrschenden Bedingungen lehnen wir ein Zwischenlager ab, denn obwohl ein Zwischenlager vor Ort dem Transport von Atommüll aus Sicherheitsgründen vorzuziehen ist, ist für uns ein Zwischenlager nur akzeptabel wenn es in Verbindung mit einem baldigen Ende der Atomenergie in Deutschland steht. Durch den „Ausstiegs“-Konsens der Bundesregierung mit den Energieversorgern ist der tatsächliche Ausstieg jedoch in weite Ferne gerückt.

Die Mahnwache Gundremmingen plant deshalb in Zusammenarbeit mit anderen Gruppen (Energiewende atomkraftfreies Schwaben, BN Günzburg, IPPNW, Greenpeace, örtliche Initiativen,...) ein „Bündnis gegen das Zwischenlager“ zu gründen. Arbeit des Bündnisses wird es sein Informationsveranstaltungen zum Genehmigungsverfahren und zum Zwischenlager allgemein durchzuführen, Ansprechpartner für Bürger und Presse zu sein, sowie eine Einwendung zu organisieren. Eine besonders wichtige Aufgabe des Bündnisses ist die Integration aller Gruppen die sich gegen ein Zwischenlager wenden, damit wir gemeinsam Stärke zeigen können. Denn nicht alle sind gegen die Atomenergienutzung im Ganzen, sondern manche wenden sich lediglich gegen ein Zwischenlager vor Ort.

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens ist es möglich **Einwendungen** gegen das Zwischenlager einzubringen. Eine Sammeleinwendung von unserer Seite ist geplant, aber auch eine große Zahl individueller Einzeleinwendungen ist wichtig. **Einwendungen können von allen Menschen**, Organisationen und Verbände im In- und Ausland erhoben werden, die sich durch das Vorhaben in Ihren Rechten verletzt fühlen. Die Argumente, die in den Einwendungen vorgebracht werden müssen beim Erörte-



rungstermin behandelt werden. Außerdem haben nur Einwender Zugang beim Erörterungstermin.

Das Bundesamt für Strahlenschutz hat einen Wegweiser durch das Genehmigungsverfahren herausgegeben, der kostenlos beim BfS bestellt werden kann:

Bundesamt für Strahlenschutz

Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Postfach 100149

38201 Salzgitter

Tel.: 05341/8 85-1 30

Fax.: 05341/8 85-1 50

Oder im Internet unter <http://www.bfs.de>

### **Leistungserhöhung im AkW**

Die Petition über eine *Beteiligung der betroffenen BürgerInnen am Genehmigungsverfahren für die beantragte Leistungssteigerung des AKW Gundremmingen* wurde Mitte September dem Bayerischen Landtag übergeben. Wann der Landtag die Petition behandeln wird ist noch offen, wir werden auf jeden Fall informiert werden. Rund 1100 BürgerInnen haben die Petition im Zeitraum vom März bis Mitte September unterschrieben.

### **Der „Ausstiegs-Konsens“ der Bundesregierung**

Daß der „Ausstieg“ den unsere Bundesregierung mit den Energieversorgungsunternehmen ausgehandelt hat kein Ausstieg aus der Atomenergienutzung ist, sondern vielmehr eine Betriebsgarantie für bestehende AKWs ist vielen mit Schrecken klargeworden. Die Hoffnungen die diesbezüglich in Rot-Grün gesetzt worden waren wurden bitter enttäuscht.

Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Kampagne „X-tausendmal quer-überall“ hat die Kritik folgendermaßen zusammengefasst:

(Hannover, 15.6.00)

"Unsere schlimmsten Befürchtungen sind übertroffen worden. Noch nie hatten die AKW-Betreiber so ideale Rahmenbedingungen, wie mit dem jetzt erzielten Konsens. Die vereinbarten mehr als 2.600 Terawattstunden zukünftiger Atomstrom-Produktion entsprechen fast der Strommenge, die bis heute in den deutschen Atomreaktoren produziert wurde. Der politisch und gesetzlich abgesicherter Weiterbetrieb der großen Reaktoren über einen Zeitraum von mehr als zwei Jahrzehnten hat mit Ausstieg nichts zu tun. Wer den Atomkonsens mit diesem Label schmücken will, betreibt simplen Etikettenschwindel. Tatsache ist, daß sich die Regierung in der letzten Nacht endgültig vom Atomausstieg und damit vom Auftrag ihrer Wählerinnen und Wähler verabschiedet hat.

Dabei ist die schnelle Stilllegung der AKWs weiterhin notwendig. Denn angesichts der Gefahren ist jedes Jahr weiterer Atomkraft- Nutzung ein Jahr zu viel:

Mit jedem zusätzlichen Betriebsjahr steigt bei den Reaktoren die Gefahr unkontrollierbarer Störfälle, bis hin zur Kernschmelzkatastrophe, dem Super-GAU. Verschärft wird dieses Problem durch die Zusage der Bundesregierung, die Sicherheitsbestimmungen nicht der Entwicklung von Wissenschaft und Technik anzupassen, sondern auf dem Stand der Kohl-Regierung einzufrieren.

Der Atom Müll-Berg wird sich - legt man die jetzt ausgehandelten Laufzeiten zugrunde - in den nächsten Jahrzehnten mehr als verdoppeln. Die Verträge mit den ausländischen Wiederaufarbeitungsanlagen können vollständig abgearbeitet werden, denn nicht diese schmutzige Technologie soll nach fünf Jahren beendet werden, sondern nur die Transporte nach La Hague und Sellafield. Das nach wie vor völlig ungelöste Entsorgungs- Problem wird durch die geplante Zwischenlagerung an den AKW- Standorten auf kommende Generationen verschoben. Diese bisher unzulässige Verschleierungs-Methode soll nun durch Rot-grün legalisiert werden.

"Rot-grünes Atomprogramm für das 21. Jahrhundert"

Einen Vorteil bietet das jetzt vorliegende Ergebnis der Konsensgespräche: Die Verhältnisse sind endlich klar. Die Bundesregierung hat sich auf die Seite der Stromkonzerne geschlagen. Damit ist allen Hoffnungen auf eine ausstiegsorientierte Atompolitik ein Ende gesetzt. Nicht beendet ist allerdings die gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Atomenergienutzung. Die Anti-Atom-Bewegung muß wieder auf die eigene Kraft vertrauen. Der Widerstand gegen den Betrieb der Reaktoren, gegen den Neubau von Zwischenlagern und gegen neuerliche Atom Müll-Transporte geht in eine neue Phase..."



## **Endlager**

Im Endlager für schwach und mittel-radioaktiven Atommüll in Morsleben (aus DDR –Zeiten) droht nun die Decke des Salzstocks über 15 000m<sup>3</sup> eingelagertem Atommüll einzustürzen. Daraus ergibt sich eine erhebliche Gefahr radioaktiver Kontamination für die Umwelt.

Für uns ist klar: es gibt kein sicheres Endlager, daher muß die weitere Produktion von radioaktivem Müll sofort gestoppt werden. Wie viele Beweise brauchen wir??

## **Atommüll-Transporte**

### **Aktueller Stand der Politik**

In diesem Jahr werden keine Transporte von Atommüll mehr von Deutschland in die Wiederaufbereitung nach La Hague fahren. Dies ist ein großer Erfolg der Anti-Atom-Bewegung. Die französische Regierung geriet wegen der illegalen Lagerung ausländischen (deutschen) Atommülls in La Hague unter Druck von Seiten französischer Atomgegner und Grünen. Deshalb fordert sie einen Abtransport eines Teils der 3758 Tonnen deutschen Atommülls die dort bereits aufbereitet lagern als Bedingung für neue Transporte nach La Hague.

Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) hat nun eine Transport-Genehmigung von La Hague nach Gorleben zum frühest möglichen Termin, dem Zeitraum 26.3.-8.4.2001 ausgesprochen. Es handelt sich dabei um 6 Castoren mit verglastem hochradioaktivem Atommüll.

Ein früherer Termin ist wegen der maroden Brücke über die Jeetzel auf der Strecke nach Gorleben, die erst in Stand gesetzt werden muss, nicht möglich.

Die verschiedenen Gruppen der Antiatom-Bewegung haben große Bereitschaft bekundet alle zukünftigen Transporte massiv zu blockieren. Aus Protest gegen die Politik der Bundesregierung, die der Wiederaufbereitung kein sofortiges Ende gesetzt hat, werden auch die Transporte von La Hague nach Gorleben mit starkem Protest begleitet werden. Noch bis 2005 dürfen deutsche AKWs Atommüll nach La Hague liefern. Auch nach 2005 wird die WAA somit noch viele Jahre mit der Aufbereitung deutschen Atommülls die Weltmeere und die Umgebung verseuchen.

**Wer schließt sich uns an im Protest gegen dieses Verbrechen an Mensch und Umwelt?** Meldet Euch bei den Regionalkontaktstellen (siehe unten)!

### **Phillipsburg im Oktober 2000**

Der Castor-Transport der bereits kurz vor der Durchführung stand, als die französische Regierung ihn in buchstäblich letzter Minute verhinderte, sollte am 18.10. rollen. Im AKW Phillipsburg stehen nun nach wie vor 3 beladene Castoren. Dieses AKW ist als erstes von einer Stilllegung aufgrund voller Lagerkapazitäten vor Ort bedroht. Auch für Biblis und Stade könnte dieser Fall eintreten, falls es der Bundesregierung nicht gelingen sollte rechtzeitig Atommüll ab zu transportieren.

### **Regionalkontakte von x1000mal**

Die Mahnwache hat sich als Regionalkontakt von x1000mal-quer für Bayrisch-Schwaben und das angrenzende Baden-Württemberg (Tübingen) zur Verfügung gestellt.. Eine Aufgabe ist die Organisation gemeinsamer Fahrten zu Demos und Blockaden an denen sich x1000mal-quer-überall beteiligt. Wer sich uns anschliessen will kann sich bei Doris Kainz (08233/849505) oder Heike Hoedt (09075/701338) telefonisch melden oder sonntags zur Mahnwache am AKW Gundremmingen kommen, dort wird aktuelles besprochen. Für Tübingen ist Sigrid Birrenbach (07071/360292) Ansprechpartnerin.

Unter [www.x1000malquer.de](http://www.x1000malquer.de) und [www.castor-alarm.de](http://www.castor-alarm.de) können aktuelle Informationen zum Stand der Politik, Aktionen und Castortransporten abgefragt werden.

Eine weitere interessante Seite ist [www.siemens-boykott.de/aktuell.html](http://www.siemens-boykott.de/aktuell.html) Dort werden die Verflechtungen der deutschen Wirtschaft und des Bankwesens mit Atom-Projekten in der ganzen Welt sehr anschaulich dargestellt.

### **Uranabbau in Jabiluka**

Am 11. September übergaben Dörthe Peter und Ulli Buczilowski (Gesellschaft für bedrohte Völker) dem Botschafter Australiens in Berlin die von rund 800 Menschen unterzeichnete Aufforderung an die



Australische Regierung dem geplanten Uranabbau in Jabiluka die Betriebsgenehmigung zu verweigern. Die Übergabe der Petition fand im Anschluss an einen 13-tägigen Protestmarsch von Aue (ehem. Uranabbaugebiet in Sachsen) nach Berlin statt. Dörthe Peter (zu Fuß) und Bernhard Schröter (mit dem Fahrrad) sammelten auf diese Weise weitere Unterschriften.

Die Aktion ergibt besonders als Unterstützung des bereits langjährigen internationalen und nationalen australischen Protests gegen den Uranabbau einen Sinn. Sie ist unter anderem aus der Solidarität mit den Hauptbetroffenen, den Mirrar-Aborigines entstanden.

## **Juristisches**

Volker Scheub und Christoph Then sicherten '93 bei einer Schienenabschraub-Aktion die Strecke, d.h. sie setzten sich als Unterstützer ein, dass kein Zug zu Schaden kommen konnte. Nun wird bei Ihnen die Geldstrafe zu der sie 1997 verurteilt wurden eingetrieben.

Koni Link, Hanna Jaskolski und Rolf Hiemer beschrifteten '94 zwei Castoren die nach Sellafield gingen mit „Atommüll in die irische See- Stoppt den Wahn“ etc. Für die Entfernung dieser Aufschriften müssen sie nun finanziell aufkommen.

## **Rückschau Veranstaltungen 2000**

- Veranstaltung des BN-Günzburg mit Prof. Roland Scholz , Thema : „Wie gefährlich ist ein Zwischenlager für die Gesundheit“
- In Augsburg und Ulm hatten wir Infostände um Unterschriften für die Petition zur Leistungserhöhung zu sammeln. In Günzburg war diesbezüglich der Bund Naturschutz tätig.
- Vom 4.-6.8. fand in Holzheim das Sommercamp der Mahnwache statt. Thema war diesmal die Bewertung des „Ausstiegs“-Konsens der Bundesregierung mit den Energieversorgern
- Am 6.8. fand anlässlich des Hiroshimatags eine Mahnwache mit Die-In (es regnete aber ziemlich) am Akw Gundremmingen statt. Auch am Nagasaki-Jahrestag waren wir am AKW präsent.
- 7 Personen aus der Region nahmen an der Antiatom-Großdemo am 23.9. in Gorleben teil. Insgesamt beteiligten sich 2000 Menschen.
- An den Sonntagsspaziergängen am AKW Phillipsbug (die Sonntage vor dem angekündigten Castor-Transport) sowie an der Auftakt-Demo am 15.10. und der anschließenden Blockade-Aktion bis zum 18.10. nahmen jeweils mehrere Leute aus der Region teil
- Diskussion zum „Ausstiegs“- Konsens mit Jerzy Montag (Vorsitzender der Grünen in Bayern)

## **Ausblick**

- 26.1.2001 Informationsveranstaltung zum Zwischenlager „Sind Zwischenlager gefährlich“ im Gasthaus Adler in Aislingen. Dazu haben wir Wolfgang Neumann (Gruppe Ökologie Hannover) und Reinhold Thiel (IPPNW/Ärzte in sozialer Verantwortung) eingeladen.
- Teilnahme an Protesten gegen Castortransporten etc.....
- Gründung eines „Bündnis gegen das Zwischenlager“
- Erarbeiten einer Sammel-Einwendung gegen das Zwischenlager
- Sonntägliche Mahnwache am AKW Gundremmingen
- .....

## **Herzlichen Dank für die zahlreichen Spenden die auf den Versand der Dokumentation zum 10jährigen Jubiläum der Mahnwache eintrafen!**

Einige Exemplare der Dokumentation sind noch übrig und können gegen 7,-DM +Porto bei Doris Kainz bezogen werden.

## **Eine Bitte an alle die per e-mail erreichbar sind:**

Teilt uns Eure e-mail-Adresse mit (auch falls Ihr das schon mal getan habt), dann bekommt Ihr in Zukunft den Rundbrief auf diese Weise und helft damit Kosten zu sparen.



# MAHNWACHE GUNDREMMINGEN

[www.mahnwache-gundremmingen.de](http://www.mahnwache-gundremmingen.de)

[info@mahnwache-gundremmingen.de](mailto:info@mahnwache-gundremmingen.de)

Jeden Sonntag 15 h vor dem AKW,  
jeden 2. Sonntag des Monats Arbeitstreff

Spendenkonto : Konto 56 529 bei der Ökobank (BLZ 500 901 00)

Thomas Wolf

Doris Kainz,

Volker Nick,

Koni Link,

## Rundbrief April 2000

### Aktuelles aus Gundremmingen

#### Störfall

Bei der Revision im August letzten Jahres wurde im Block C ein neuer Generator eingesetzt, der einen Monat später wieder ausgetauscht werden musste, da zwei Kühlwasserleitungen undicht waren. Das AKW stand daraufhin einige Wochen still.

#### Leistungserhöhung

Über den Verein Energiewende atomkraftfreies Schwaben wurde am 3.11. öffentlich gemacht, dass das AKW ausgebaut werden soll, um seine Leistung um 6,8 % zu erhöhen. Ende Januar hatte der Verein dazu eine Veranstaltung in Augsburg mit Christian Küppers vom Ökoinstitut durchgeführt. Nach Küppers ist die geplante Leistungserhöhung gefährlicher als ein Neubau und steht dem Ausstieg entgegen.

- das AKW wird stärker an seine Grenzen gefahren – im Kern, im Wasser und der Umgebung erhöht sich der Anteil der radioaktiven Stoffe- die Brennstäbe werden höher abgebrannt – die Wahrscheinlichkeit eines GAU's nimmt zu – bei einer Schnellabschaltung dauert die Zeit länger bis der Reaktor stillsteht, - das Entsorgungsproblem wird größer, der Müll muss 40 statt 70 Jahre zwischengelagert werden.

Gemeinsam mit anderen Gruppen reichen wir eine Petition an den bayerischen Landtag ein, in der wir ein öffentliches Verfahren fordern.

#### Zwischenlager Gundremmingen

Als letztes AKW hat Gundremmingen am 25. Februar einen Antrag auf ein eigenes Zwischenlager für 216 Castoren gestellt, was bedeutet, dass Müll für den Betrieb bis zum Jahr 2046 (Aussage der Betreiber) dort eingelagert werden kann. Auf eine Anfrage beim BfS wurde ende März auf eine Anfrage mitgeteilt, dass eine Strahlenmenge von  $3 \cdot 10^{20}$  Bequerell beantragt wurde was die genehmigte Menge an radioaktivem Inventar in Gorleben um 50% übersteigt. Die bayerische Regierung sträubte sich bisher noch dagegen, da sie der Ansicht ist, Gorleben und Ahaus wurden auch mit bayerischem Geld finanziert und es ist dort noch ausreichend Kapazität vorhanden.

Die Bevölkerung in der Umgebung lehnt das Zwischenlager ab, was wir begrüßen, zumal nun auch einige das AKW selbst in Frage stellen bzw. ablehnen was noch vor zwei Monaten undenkbar gewesen ist. Offenbar wurde am Atommüll einigen bewusst, welche Gefahren sie bisher verdrängt haben.

Auch wir lehnen dieses Zwischenlager ebenfalls ab. Im Kompaktlager ist eine Lagerkapazität bis zum Jahr 2006 bzw. 2007 vorhanden, bis dahin müssen die Reaktoren spätestens



stillgelegt werden. Ein Zwischenlager kann nur dann sinnvoll sein, wenn es dazu dient, die AKW's möglichst schnell vom Netz zu nehmen um mit den Rückbaumaßnahmen unverzüglich beginnen zu können.

### **Zur aktuellen Ausstiegspolitik**

Derzeit verhandeln die Grünen und die SPD mit den Energiekonzernen über 30 Jahre Laufzeit bzw. variable Modelle, damit erstens in dieser Legislaturperiode ein AKW abgestellt wird und zweitens neuere AKW's noch länger laufen können – wo Gundremmingen sicher eines der AKW sein wird, das länger am Netz bleiben wird. Diese Verhandlungsbasis lehnen wir ab und fühlen uns von den mit unseren Stimmen gewählten Abgeordneten betrogen. „Ausstieg“ ist ein anderes Wort geworden für den Weiterbetrieb bis die AKW's aus wirtschaftlichen Gründen sowieso abgeschaltet werden. Mit 30 Laufjahren wird ihnen noch eine Bestandsgarantie für viele Jahre gegeben. Wir fordern, dass die Regierung die versteckte und offene Subventionierung (unzureichende Haftpflicht, steuerfreie Rückstellungen usw.) der AKW's beendet, die Sicherheitsstandards jedes AKW's genauer unter die Lupe nimmt und die Wiederaufarbeitung verbietet. Besonders jetzt nachdem selbst der Umweltrat im Umweltgutachten 2000 die Endlagerung als nicht lösbar bezeichnet hat.

### **Atomtransporte**

Anfang des Jahres wurde nun mit der Genehmigung von Zwischenlager-Transporten aus Philippsburg, Neckarwestheim und Biblis nach Ahaus, der Transporte Stopp aufgehoben. Ab Herbst zweitausend rechnen wir mit diesen, da die Polizei sich sechs Monate für die Absicherung der Strecke einräumen ließ. Aus La Hague ist mit einem Rücktransport nach Gorleben zu rechnen was früher sein kann. Die Kampagne X tausend mal quer bereitet wieder eine große Sitz-Blockade dazu vor, die wir unterstützen.

Im Vorfeld dazu finden wieder einige Aktionen statt, die wir für besonders wichtig halten, da wir verhindern wollen, dass die Castoren überhaupt los geschickt werden, darin sehen wir in erster Linie unseren Erfolg. Eine großartige gewaltfreie Aktion am Tag X, ist ebenso wichtig da dieser einen weiteren Transport nachhaltig beeinflusst. Eine Idee von X-tausend mal quer ist eine Wanderblockade über knapp 6 Wochen bei der an insgesamt sechs Standorten der Betrieb blockiert werden soll.

Nähere Informationen dazu bei X tausend mal quer (Verdener Umweltwerkstatt 04231/957571)

### **Aktionen in diesem Jahr**

**26.4.** Tschernobyl Jahrestag: Tagespräsenz am AKW

**30.4.** Veranstaltung zum Jahrestag angefragt werden Christina Hacker vom Umweltinstitut in München die über die aktuelle Lage in Tschernobyl berichten soll.

**4.-10.8** Sommercamp beim AKW mit Aktionen zum Hiroshima- und Nagasaki- Jahrestag vor dem Atomkraftwerk.

**April und Mai** Infostände zu den Petitionen in Ulm, Günzburg und Augsburg.

nähere Informationen dazu schicken wir euch in einer eigenen Einladung, bzw. könnt Ihr auf unserer Homepage finden.

### **Veranstaltungen in der Region**

Lengenfelder

Rita Jübt

Zur Zeit finden viele Infoveranstaltungen zum Thema Zwischenlager statt, Infos findet Ihr auf unserer Homepage